wendig erscheint, so schloß man sich dem Beschlusse der 2. Kammer, wegen Mehrbewilligung einer Summe von 30,000 Thlr. zu Fortstellung und wo möglich Beendigung des Chausseebaues, an. Ich habe hier nur die Bemerkung zu wiederholen, wie ich ebenfalls als Regel anerkenne, daß die Kammern sich bei der Bewilligung an das Postulat der Regierung zu halten haben, daß es aber doch wohl Fälle giebt, wo davon eine Ausnahme zu machen ist, und ein solcher scheint mir hier vorzuliegen. Im übrigen enthält eine solche Mehrbewilligung implicite jedesmal eine ständische Petition, einen Antrag, auf den fraglichen Gegenstand eine größere als die postulirte Summe zu verwenden, entweder zu schnellerer oder zu umfassenderer Ausführung des fraglichen Gegenstandes, wozu dann zugleich eventuell eine Summe der Regierung bewilligt wird.

Referent, Amtshauptmann v. Welck: Die Deputation war, wie der Bericht zeigt, der Meinung, so wenig als möglich bestimmte Straßen zu empfehlen, und nur bei der Getreidestraße glaubte sie eine Ausnahme machen zu müssen, was sich auch wohl rechtfertigen lassen dürfte, da die Wichtigkeit dieser Straße von der Regierung selbst anerkannt wird. Uebrigens kann sich die Deputation gerade hier für eine Mehrbewilligung verwenden, nicht etwa weil die Sache in die Augen fällt, sondern weil sie die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Verwendung anerkennen muß. Will man der Regierung nicht die Hände binden, so muß man sie eben durch eine ausreichende Bewilligung frei machen.

Bürgermeister Hübler: Die Bewilligung größerer Summen als die sind, welche postulirt werden, kann ich keineswegs für unzulässig erkennen, indem die gegentheilige Meinung schon das den Ständen durch §. 109. der Verfassungsurkunde zugestandene Recht der Petition beschränken würde.

Staatsminister v. Zeschau: Ich will mir nur wenige Worte zur Rechtfertigung des Postulats der Regierung erlauben. In neueren Zeiten sind allerdings in Sachsen höchst bedeutende Summen auf den Straßenbau verwendet worden, welche sich seit dem Jahre 1816 wohl auf anderthalb Millionen Thaler und somit durchschnittlich jährlich auf 80,000 Thlr. belaufen. Ich glaube, daß Sachsen hierin andern Staaten vorgeht und es wird sich dieß namentlich bestätigen, wenn man erwägt, daß sich in der preußischen Monarchie nur etwa 1000 Meilen, in Sachsen aber bereits 192 Meilen chaussirter Weg befinden, was bei der größern Gewerbsthätigkeit Sachsens allerdings nothwendig war. Endlich aber hat die Regierung geglaubt, sei der Zeitpunct gekommen, wo man etwas weniger wie bisher verwenden könne. Die Zahl der eingehenden Petitionen kann hier nicht zur Basis dienen, da dergleichen gewiß immer mit der Vermehrung der Chausseen gleichen Schritt halten werden. Ueberhaupt ist es nicht rathsam, allzuviele Chausseen zu bauen und besonders muß man Parallelstraßen vermeiden. Bei zu viel Chausseen fehlt es am Ende an den erforderlichen Mitteln zur Unterhaltung, und durch Parallelstraßen vermindert sich, während sie selbst nur einen geringern Ertrag geben, sogar die Einnahme auf den alten Kunststraßen. Früher hat schon der Wunsch, alle Kreise verhältnißmäßig mit Chausseen zu versehen, und die Erleichterung durch den ständischen Beitrag, größere Verwendungen veranlaßt, jetzt fällt das besondere Interesse an letzterem weg, und einzelne Gegenden, die früher etwas zurückgesetzt waren, wie z. B. das Voigtland, sind dieß jetzt nicht mehr. Der Antrag zu einer Mehrbewilligung von 30,000 Thlr. ist hauptsächlich durch den Plan der Fortführung der Getreidestraße bis Mügeln entstanden, welche die Regierung nicht für so wichtig ansieht, indem sie vielmehr glaubt, daß vor der Hand und in der jetzigen Finanzperiode nur bis Leisnig der Bau der Straße nöthig sein wird. Daß man nicht bereits früher die Straße bis zu letzterm Ort fortgeführt hat, ist allerdings zu bedauern, der Grund des Verzugs aber ist darin zu suchen, daß man ungewiß war, ob die Verbindung mit Leisnig oder mit Döbeln für wichtiger erkannt werden müsse, bis sich dann endlich der Bau der Leisniger Straße als der nothwendigere darstellte.

Man ist mit der Deputation allenthalben einstimmig einverstanden und bewilligt die postulirten Summen.

Ein Anderes schien es dagegen der Deputation zu sein, wenn die Kammer, in Berücksichtigung des allgemeinen Interesses, welches mit der Instanderhaltung eines oder des andern Straßenzugs verbunden ist, bei der hohen Staatsregierung beantrage, daß von den „ad 2. zu Unterhaltung nicht chaussirter Straßen bewilligten 49,000 Thlr. vorzugsweise auf diese oder jene Straße etwas verwendet werde," und von dieser Ansicht ausgehend, schlägt sie ihrer verehrten Kammer vor, einen derartigen Antrag an die hohe Staatsregierung,

1) in Bezug auf die, für den Nahrungserwerb der Stadt Döbeln so höchst wichtige und den Getreide-Transport nach dem Gebirge erleichternde Straßenverbindung zwischen Döbeln über Haida nach Hainichen,

2) hinsichtlich einer, der Commun Lengefeld zu bewilligenden Beihilfe zu Herstellung ihrer Straße bis zur Heinzebanker Chaussee, und

3) hinsichtlich einer ähnlichen angemessenen Bewilligung zu der von den Städten Pausa und Mühltroff petirten Straßeherstellung von Plauen aus nach den genannten Städten, und zwar die beiden letztern Anträge in Uebereinstimmung mit den desfallsigen Beschlüssen der zweiten Kammer zu stellen.

Staatsminister v. Zeschau: Was die Döbelner Straße anlangt, so haben wegen der eingegangenen Klagen dieses Orts über Benachtheiligung durch die nach Leisnig geführte Chaussee, schon vielfache Verhandlungen statt gefunden. Die Regierung hat die Ansicht fest zu halten gehabt, daß theils möglichst viel von den bereits vorhandenen Chausseen zu benutzen sei, theils daß man suchen müsse, möglichst viele und wichtige Orte mit einander in Verbindung zu setzen. Aus diesen Gründen hat man sich für die nach Leisnig führende Straße entschieden. Wenn die Stadt Döbeln aus dieser Anordnung den Verlust ihres Getreidemarktes ableiten will, so thut sie hierin wohl Unrecht, denn die Ursache von jenem Verlust liegt wohl hauptsächlich darin, daß jetzt die meisten Geschäfte außerhalb der Märkte abgemacht werden. Es findet übrigens dessen ungeachtet eine Verbindung der Stadt Döbeln mit Chemnitz statt, deshalb aber, weil dabei $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Stunden umfahren werden müssen, was bei der Verfolgung des geraden Weges nicht der Fall sein

SLUB
Wir führen Wissen.